

PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverbände Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.
Hannover, 16. April 2010

Thema: Hafenkonzzept, Elbvertiefung, Hinterlandverkehr

Region: Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein

Hintergrund: heutige Pressekonferenz von Bundesverkehrsminister Ramsauer und dem Hamburger Wirtschaftssenator Gedaschko

Deutsche Hafenpolitik setzt auf Beton und bleibt ökologisch unverantwortlich

Bundesverkehrsminister Ramsauer und Hamburgs Wirtschaftssenator Gedaschko halten an hochproblematischer Elbvertiefung und ungehemmtem Ausbau der Hinterlandverkehre fest

Mit schwarz-gelbem Rückenwind aus Berlin werden derzeit die massiven Ausbaupläne an der deutschen Nordseeküste vorangetrieben – zu Lasten der Ökologie und der Steuerzahler. Zu diesem Fazit kommen nach der heutigen gemeinsamen Pressekonferenz von Bundesverkehrsminister Ramsauer und Hamburgs Wirtschaftssenator Gedaschko die drei norddeutschen Landesverbände des BUND. Die geplanten Vertiefungen von Weser und Elbe für die Containerschiffahrt sowie die Verkehrsprojekte Y-Trasse, Küstenautobahn A 22, Elbquerung und Hafenuerspange wurden erneut als angeblich „unverzichtbar“ für den Wirtschaftsstandort Deutschland bezeichnet.

Die milliardenschweren Infrastrukturmaßnahmen sind nach Auffassung der BUND-Landesverbände Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein nicht zu rechtfertigen und bedeuten eine Renaissance schlichter Beton-Politik im Verkehrsbereich. Gerade die Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass beispielsweise die 400 Mio. Euro teure Vertiefung der Unterelbe nicht notwendig ist. Der Transshipment-Verkehr, also der Weitertransport von Containern mit kleineren Schiffen, gehört an die Küste. Dies spart lange Revierfahrten auf der Unterelbe, die wenigen voll beladenen Großcontainerschiffe mit Fracht für den Baltischen Raum, die nicht mehr die Unterelbe befahren können, können zudem vorrangig im zukünftigen Jade-Weser-Port abgefertigt werden.

„Die bisherigen Versuche, den ökologischen Eingriff in die Unterelbe klein zu rechnen, sind im laufenden Planfeststellungsverfahren kläglich gescheitert“, sagt Sybille Macht-Baumgarten, Vorsitzende des BUND-Landesverbandes Schleswig-Holstein.

Heiner Baumgarten, Vorsitzender des BUND Niedersachsen, erklärt: „Für die deutschen Häfen an der Nordseeküste ist endlich das von den Verbänden schon lange geforderte **Hafenkonzzept** vorzulegen. Dieses würde Flussvertiefungen überflüssig machen, die ökologischen Folgen auf ein Minimum reduzieren und langfristig auch wirtschaftlich von Vorteil sein.“

Obwohl der BUND den Ausbau der Schiene im Grundsatz für richtig hält, wird die so genannte **Y-Trasse**, die den Gütertransport aus Bremen und Hamburg Richtung Süden verbessern soll, abgelehnt. Es gibt – belegt nicht zu letzt durch eine Studie der Universität Hannover – deutliche Zweifel an dieser mindestens 1,3 Mrd. Euro teuren Infrastrukturmaßnahme. Die Lösung liegt vielmehr in der Ertüchtigung der vorhandenen Schienenverbindungen, etwa der Heidebahn von Hamburg über Soltau und Celle.

Die **Hafenuerspange** in Hamburg als Bindeglied zwischen den Autobahnen A 1 und A 7 entlastet weder – wie immer wieder behauptet wird – die Hamburger Innenstadt noch ist sie alternativlos.

Allein ein verbesserter Verkehrsfluss auf der vorhandenen Köhlbrandbrücke würde eine Entlastung bringen und das über 700 Mio. Euro teure Bauprojekt überflüssig machen.

Auch zur strittigen **Küstenautobahn A 22** gibt es Alternativen, etwa über den Ausbau von Bahnstrecken und Ortsumgehungen sowie einer verstärkten Förderung des „short-sea-shipping“. Dies wäre in der Summe voraussichtlich deutlich günstiger und umweltverträglicher.

Das Bundesverkehrsministerium (BMVBS) ist auf dem guten Wege, die „Verschnaufpause der Wirtschaftskrise“ als Chance für eine Neubewertung der strittigen Projekte zu nutzen. Der Bundesverkehrswegeplan ist nachweislich nicht mehr aktuell und ohnehin hoffnungslos unterfinanziert. Die Planung des BMVBS bildet weder die Erfordernisse des Klimawandels ab noch wurde er einer mittlerweile vorgeschriebenen strategischen Umweltprüfung (SUP) unterzogen.

„Minister Ramsauer sollte sich nicht von den unbezahlbaren und ökologisch unverantwortlichen Forderungen kurzsichtiger Wirtschaftslobbyisten leiten lassen, sondern endlich eine zukunftsfähige und auch bezahlbare Verkehrspolitik auf den Weg bringen, die die Schiene in den Vordergrund stellt und die Flüsse schont“, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Paul Schmid, Pressesprecher BUND Hamburg, Tel. 040 - 600 387 12

Hans-Jörg Lüth, Landesgeschäftsführer BUND Schleswig-Holstein, Tel: 0421 - 66 06 00

Carla Juhre, Pressesprecherin BUND Niedersachsen, Tel. 0511 - 965 69-39



Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) ist bundesweit mit rund 470.000 Mitgliedern, Spendern und Förderern einer der großen Umweltverbände Deutschlands. In Niedersachsen zählt der Verein rund 33.000 Mitglieder und Förderer. Der Verein ist vom Staat als Umwelt-/Naturschutzverband anerkannt. Der BUND versteht sich als die treibende gesellschaftliche Kraft für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Vision: ein zukunftsfähiges Land in einer zukunftsfähigen und friedfertigen Welt.